

Berliner Drogenpolitik modernisieren und Suchtprävention stärken

Positionspapier zur Umsetzung der im Koalitionsvertrag angekündigten kontrollierten Abgabe von Cannabis an Erwachsene und für eine moderne Suchtprävention in Berlin

Kerstin Jüngling und Anke Timm
 Geschäftsführung Fachstelle für Suchtprävention Berlin gGmbH

In der Prävention riskanten Cannabiskonsums verfolgt die Suchtprävention, wie in anderen Präventionsfeldern auch, das Ziel, Jugendliche und Erwachsene in ihrer Lebens- und Risikokompetenz zu stärken, sie davor zu schützen, Schaden zu nehmen und ihnen ein unabhängiges Leben mit Zukunftsperspektiven zu ermöglichen.

Geplant ist eine regulierte Abgabe von Cannabis – mit dieser Entscheidung und, wie diese konkret ausgestaltet werden soll, entscheidet die Politik aktiv darüber, in welche Richtung sich Cannabisprävention in den kommenden Jahren entwickeln wird. Zugleich prägt die Debatte schon heute Konsumententscheidungen v.a. von jungen Menschen in hohem Maße: Cannabis wirkt in der Wahrnehmung von vielen Schülerinnen und Schülern in Berlin bereits als legal. Hier sind Politik und Fachexpertinnen und -experten gefordert, die politische Debatte an den sozialen Realitäten orientiert zu führen und Klarheit in der Cannabispolitik zu schaffen. Bezogen auf Kinder und Jugendliche muss das Ziel weiterhin bleiben, den Konsum(beginn) von Cannabis hinaus zu zögern, möglichst gering zu halten bzw. zu verhindern. Dafür ist ein Ausbau und eine stärkere finanzielle Förderung der Präventionsarbeit an den Schnittstellen zwischen Schule, Jugendarbeit, Jugend(gerichts)hilfe, Elternarbeit und Trägern der Suchtprävention unabdingbare Voraussetzung.

Unsere Forderungen: ¹

- Cannabisprävention muss spätestens mit Beginn der Regulierung deutlich gestärkt werden durch Förderung
 - von Lebenskompetenzen in der universellen Prävention
 - von Konsumkompetenzen bei bereits konsumierenden Jugendlichen
 - der Erziehungskompetenz von Eltern
 - von Früherkennung und Frühintervention im schulischen und Freizeitkontext
- Einhaltung des Jugendschutzes – Regulierte Abgabe ab 18 Jahren!
- Expertinnen und Experten relevanter Arbeitsbereiche müssen aktiv einbezogen werden in die Ausgestaltung der regulierten Abgabe von Cannabis!
- Die regulierte Abgabe von Bio-Cannabis muss wissenschaftlich begleitet werden insbesondere hinsichtlich angewandtem Regulierungsmodell, Zugangskriterien, Abgabemodalitäten, THC- und CBD-Gehalt, Grenzwerte beim Führen von Kraftfahrzeugen sowie Frühintervention bei problematischen Konsummustern und Konsumbeschränkungen im öffentlichen Raum!
- Eine obligatorische Qualifizierung von Fachpersonal in zertifizierten Abgabestellen sollte unter Beteiligung von Suchtpräventionsexpertinnen und -experten erfolgen!
- Fachpersonal in der Suchtprävention braucht spezifische Qualifizierung zur Gewährleistung geltender evidenter Qualitätsstandards!

¹ Wir schließen uns hiermit den ausführlichen Stellungnahmen der suchtmmedizinischen Fachgesellschaften, der DHS, des fdr sowie der Bundespsychotherapeutenkammer an.

350 Fachkräfte formulieren konkrete Vorschläge zur Cannabisprävention

Um Dialog weiterhin zu befördern und einen Transfer von Bedarfen direkt aus der Praxis zu schaffen, fand im April 2022 in Berlin die Cannabis-Tagung unter Beteiligung von über 350 Fachkräften aus Berlin sowie anderen Bundesländern statt – sie haben folgende wichtige Aspekte zur Cannabisprävention zusammengestellt, um diese in die fachliche Debatte zur regulierten Abgabe von Cannabis einzubringen:

Cannabis und Schule

- Aufbau von zentralen Strukturen in Schulen, um abgestimmt und transparent in allen Jahrgängen kontinuierlich Suchtpräventions-Themen zu bearbeiten und Lebenskompetenzansätze zu verfolgen. Cannabisprävention sollte fest im Rahmenlehrplan aufgenommen werden.
- Finanzielle und personelle Ressourcen bei Lehrkräften und Suchtpräventionskräften, um aktuellen Bedarfen in Schule gerecht werden zu können.

Cannabis und Jugendarbeit

- Umfangreiche Qualifikation für Mitarbeitende der Jugendhilfe, schon in der Ausbildung, um qualifizierte Cannabisprävention in der Jugendarbeit durchführen zu können.
- Im Rahmen einer Cannabisregulierung muss der Jugendschutz konsequent gedacht werden – auch hinsichtlich der Erreichbarkeit bereits konsumierender Jugendlicher. Hierzu bedarf es klarer gesetzlicher Rahmenbedingungen!

Cannabis und Gesellschaft

- Es braucht einen guten Mix aus Verhältnis- und Verhaltensprävention. Die Gründung eines interdisziplinären Expert*innen-Beirats (Suchtprävention, Suchthilfe, Justiz, etc.), der die Berliner Regierung und die Gesundheitsverwaltung bei der Umsetzung der geplanten regulierten Abgabe von Cannabis fachlich berät, ist dazu unabdingbar.
- Die Steuereinnahmen aus dem Cannabisverkauf sind zwingend in einem Präventionsfonds anzulegen, um die Mittel zielgerichtet in die Prävention geben zu können – es sollte ein geregelter Teil direkt zweckgerichtet in die Prävention von Cannabis, Alkohol und Tabak gehen (der Fehler des Präventionsgesetzes sollte nicht wiederholt werden).

Cannabis und Intervention

- Es braucht ausreichend finanzielle Mittel, Zeit für die Umsetzung, Verstetigung (Präventionsprojekte regulär in verschiedenen Jahrgängen) und eine schnelle Reaktion auf akuten Bedarf, dafür ist eine Vernetzung mit Schulen, Präventionsstellen etc. und Elternarbeit notwendig.
- Mehr Aufklärung und Qualifizierung für die Erwachsenen (Eltern und Fachkräfte), damit ein differenzierter Blick auf das Thema Cannabis erhalten bleibt, eine sachliche Sicht auf Risiken (nicht nur eigene Meinung oder erfahrungsbasiert) ermöglicht wird, damit durch die kontrollierte Abgabe keine Bagatellisierung passiert.

Es ist an der Zeit: Politik muss Suchtprävention gemeinsam mit Fachexpert*innen, ausgerichtet an aktuellen gesellschaftlichen Realitäten und im Kontext psychischer Gesundheit gezielt mit integrativen Ansätzen in den Lebenswelten fördern.

Für eine fachlich fundierte und zielgerichtete Weiterentwicklung der Cannabisprävention hat die Fachstelle für Suchtprävention eine repräsentative Untersuchung zu Cannabis-Konsum und zu Einstellungen junger Menschen in Berlin beim ISD Hamburg in Auftrag gegeben. Die Ergebnisse werden im I. Quartal 2023 veröffentlicht.